



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Potsdam den 17.12.2013

Ministerium für Umwelt, Gesundheit
und Verbraucherschutz
Frau Ministerin
Anita Tack
Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Entwurf einer Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Brandenburg

Sehr geehrte Frau Tack,
wir begrüßen den von ihnen geführten Dialog zum Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie. Unsere
Stellungnahme bezieht sich auf drei besonders wesentliche und grundlegende Anforderungen.

Braunkohle:

Die Situationsbeschreibung ist korrekt: die Braunkohleverstromung verursacht auch heute noch 65
Prozent der gesamten CO₂-Emissionen des Landes. Zum Handlungsbedarf wird ausgeführt: „zu
beachten ist, dass bei einem Festhalten an der Braunkohleverstromung in der bisherigen
Größenordnung ohne eine signifikante Verminderung der dabei entstehenden CO₂-Emissionen die
Klimaschutzziele Brandenburgs nicht erreicht werden können.“

Daraus werden jedoch in der Nachhaltigkeitsstrategie keine konkreten Schlussfolgerungen und
Forderungen abgeleitet. Unter 4. Handlungsfelder wird nur allgemein ausgeführt: „Ziel ist es bis 2050
eine weitestgehend kohlenstofffreie Energieversorgung aufzubauen.“ Es wird soweit in die Zukunft
gedacht, dass eine Aussage zu der näheren Zukunft vermieden wird. Es kann nicht sein, dass bis zum
fernen Jahr 2050 die Braunkohleverstromung mit immer neuen Rekordzahlen fortgesetzt wird und
neue Tagebaue aufgeschlossen werden. Die Nachhaltigkeitsstrategie muss unmissverständlich zum
Ausdruck bringen, dass dieses Vorgehen im krassen Gegensatz zur erforderlichen Klimaschutzpolitik
steht und die Verabschiedung von den Klimaschutzzielen des Landes bedeutet. In diesem zentralen
Punkt darf sich eine Nachhaltigkeitsstrategie nicht vor einer Aussage drücken.

**In die Nachhaltigkeitsstrategie muss deshalb die Forderung nach einem Ausstiegsszenario aus der
Braunkohle aufgenommen werden.** Die gesellschaftliche und politische Diskussion muss sofort
beginnen, um den schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle vorzubereiten. **Dazu gehört die
unmissverständliche Feststellung, dass die Braunkohleförderung nicht durch den Aufschluss neuer
Tagebaue für mehrere Jahrzehnte gesichert werden darf.** Ein schrittweises Ausstiegsszenario
ermöglicht es der Region, sich auf den Strukturwandel vorzubereiten und einzustellen. Ein solches
Vorgehen schafft auch die notwendige Offenheit und Ehrlichkeit gegenüber den betroffenen
Menschen. Eine Nachhaltigkeitsstrategie, die in dem zentralen Feld der zukunftsfähigen
Energieversorgung und der Klimaschutzpolitik ohne konkrete Aussage bleibt, verfehlt ihren
Anspruch.

Die Energiestrategie 2030 und auch die künftige Nachhaltigkeitsstrategie sind unverbindliche Dokumente. Dadurch kommen die entwickelten Leitbilder und Zielvorgaben nicht genügend zur Geltung. Zielkonflikte werden weiter auf die lange Bank geschoben. Nachhaltigkeitspolitik wird zuallererst gemacht, um zum Wohle jetziger und zukünftiger Generationen die planetaren Grenzen einzuhalten. Eine verbindliche Festschreibung der Klimaschutzziele in einem Klimaschutzgesetz oder in der gemeinsamen Landesplanung würde dem Ausdruck verleihen. Die Forderung nach einer verbindlichen Festschreibung sollte konsequenterweise in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen werden.

2. Biodiversität

Der Verlust an biologischer Vielfalt ist eines der drängenden Probleme unserer Zeit. Trotz mancher Erfolge beim Schutz ausgewählter, besonders geschützter Arten hat sich nichts daran geändert, dass ein großer Anteil der heimischen Tier- und Pflanzenarten auf der Roten Liste steht. In manchen Gruppen, etwa bei den Vögeln der Agrarlandschaft, hat sich der negative Trend in den letzten Jahren sogar wesentlich verschärft. Von dem Ziel, den Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen, ist auch Brandenburg noch sehr weit entfernt. Dies kann nur gelingen, wenn eine klare Strategie festgelegt und konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Die Umsetzung der Nationalen Strategie zum Erhalt der Biologischen Vielfalt wäre dazu ein wichtiger Schritt. Die Biologische Vielfalt ist eng verbunden mit dem Thema der nachhaltigen und naturverträglichen Landnutzung. Denn einerseits hängt der Erhaltungszustand zahlreicher Arten von einer angepassten Landnutzung ab, andererseits hat sich die heutige industrialisierte Landnutzung zum wichtigsten Gefährdungsfaktor der Biologischen Vielfalt entwickelt.

Für uns ist völlig unverständlich, warum der Entwurf der Nachhaltigkeitsstrategie dieses wichtige Thema nur ganz am Rand berührt. Die Koalitionsfraktionen hatten 2011 im Landtag einen Antrag auf Erstellung einer Landesstrategie „Biologische Vielfalt“ mit dem Hinweis abgelehnt, dass dieses Thema Bestandteil der Nachhaltigkeitsstrategie wird. So hat es der Landtag dann auch beschlossen. Auch der Beirat für Nachhaltige Entwicklung hat in seinen Empfehlungen der Biologischen Vielfalt einen hohen Stellenwert eingeräumt und ein eigenes Kapitel in der Nachhaltigkeitsstrategie vorgeschlagen.

Leider müssen wir feststellen, dass das damalige Versprechen nicht gehalten wurde und die Beiratsempfehlungen unberücksichtigt blieben. **Wir bitten dringend darum, dass hier noch Abhilfe geschaffen wird und das Thema Biodiversität umfassend Berücksichtigung findet.** Sollte das aus zeitlichen Gründen nicht mehr möglich sein, muss der ursprüngliche Gedanke einer eigenständigen Strategie zur biologischen Vielfalt wieder aufgegriffen werden. Dann sollte sich die Landesregierung aber zumindest hierzu bekennen und dies in der Nachhaltigkeitsstrategie unmissverständlich zum Ausdruck bringen.

3. Ländlicher Raum (lebendige Dörfer und Städte)

Die Ausgangssituation wird auch hier richtig beschrieben: entscheidend sind zwei Entwicklungen, der demographische Wandel und insbesondere die Abwanderung der Jüngeren und Leistungsfähigeren aus den Berlinfernen Regionen. Auch der Abschnitt Lebensqualität enthält die Aussage: alle Akteure müssen sich anstrengen, um auch im ländlichen Raum die Lebensqualität durch attraktive Arbeitsplätze, Kultur- und Freizeitangebote in lebenswerter Umgebung zu erhalten. Dem Leitbild fehlt jedoch ein deutliches Bekenntnis zum ländlichen Raum, bei den Handlungsfeldern fehlen wichtige Sektoren, wie zum Beispiel die Landwirtschaft. Die Konsultation zur Nachhaltigkeitsstrategie hätte der Ort sein müssen, an dem die zukünftige Ausgestaltung der Landwirtschaft diskutiert wird. Sie kommt im Dokument schlicht nicht vor. Dazu gehört insbesondere die Klärung, in welche Richtung sich die Landwirtschaft entwickeln soll. Setzt man immer stärker auf Großstrukturen durch Kapitalgesellschaften und Großbetriebe, die ihre Flächen zunehmend durch Lohnunternehmen bewirtschaften lassen, oder will man Menschen und Arbeitskräfte im ländlichen Raum durch eine angepasste Form der Landbewirtschaftung halten?

Die Umwelt- und Naturschutzverbände setzen sich für einen lebensfähigen und besiedelten ländlichen Raum ein. Eine vielfältige Kulturlandschaft ist eine zentrale Grundlage der biologischen Vielfalt. Nur mit Menschen, die in der ländlichen Heimat verwurzelt sind, lässt sich die Kulturlandschaft erhalten. (Unsere Forderungen zu einer Agrarwende können Sie im Einzelnen auf www.agrarwende.de nachlesen.)

Durch das frühere Leitbild „Stärken stärken“ ist vielfach der Eindruck entstanden, die Landesregierung wolle die Entwicklung des Landes auf den berlinnahen Raum und die Zentren im ländlichen Raum konzentrieren. Die öffentliche Diskussion hat sich bis zu der Frage entwickelt, ob in dünnbesiedelten ländlichen Räumen oder Dörfern eine zielgerichtete Entsedlung zur Einsparung öffentlicher Mittel betrieben werden sollte.

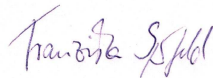
Diesem Eindruck muss klar entgegengetreten werden. **Wir fordern, dass die Nachhaltigkeitsstrategie sich klar zum ländlichen Raum in der Fläche bekennt und eine Strategie zu Stärkung des ländlichen Raums entwickelt.** Ein Bekenntnis zum ländlichen Raum und deutliche Handlungsempfehlungen hat wichtige politische und nicht zu unterschätzende psychologische Auswirkungen.

Abschließend möchten wir noch darauf hinweisen, dass die Nachhaltigkeitsstrategie nur dann zum Erfolg werden wird, wenn sie ganz konkrete Ziele und Maßnahmen formuliert, die in einer festgelegten Zeit umzusetzen sind und deren Erfolg überprüfbar ist. Hier sehen wir noch erheblichen Nachbesserungsbedarf.

Mit freundlichen Grüßen



Friedhelm Schmitz-Jersch
Landesvorsitzender NABU Brandenburg



Franziska Sperfeld
für den Landesvorstand des BUND Brandenburg